

## 1 **Der Weg zu einem nationalen Klimakonsens**

2 Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Gerade als Land zwischen  
3 den Meeren ist die Bekämpfung des Klimawandels für Schleswig-Holstein von großer Bedeutung  
4 und eigenem Interesse. Daher begrüßt die Junge Union Schleswig-Holstein die aktuell intensive  
5 Auseinandersetzung mit dem Thema, den gesellschaftlichen Wandel und die größere Sensibilität  
6 der Politik im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes. Der Einsatz muss gegen den Klimawandel  
7 und für den Umweltschutz noch stärker als bisher betrieben werden. Denn insbesondere für uns  
8 Christdemokraten und Konservative sollte die Wahrung der Schöpfung und damit verbunden ein  
9 nachhaltiges Leben und der damit verbundene Schutz der Erde eine hohe Priorität haben. Unser  
10 Ziel ist, eine lebenswerte Welt für die aktuelle und auch für die nachfolgenden Generationen zu  
11 gestalten und zu erhalten. Klima- und Umweltschutz sollte auch für die Mutterpartei ein größeres  
12 Politikfeld als bisher sein. Dabei ist es wichtig, dass Umweltschutz und Wirtschaft stets  
13 zusammengedacht und nicht gegeneinander ausgespielt werden.

14 Die Junge Union bedauert, dass die vereinbarten Eckpunkte des Klimapakets der Bundesregierung  
15 abgeschwächt wurden und einem effektiven Klimaschutz nicht gerecht werden. Als Volkspartei  
16 haben wir eine Verantwortung für die gesamte Gesellschaft und müssen somit alle relevanten  
17 Aspekte beim Umweltschutz betrachten - sei es den Arbeitsmarkt, die gesellschaftliche  
18 Belastbarkeit und der gesellschaftliche Will. Als Volkspartei haben wir eine Verantwortung für die  
19 gesamte Gesellschaft und müssen somit alle relevanten Aspekte beim Umweltschutz betrachten,  
20 sei es den Arbeitsmarkt, die gesellschaftliche Belastbarkeit und den gesellschaftlichen Willen. Aus  
21 diesem Grund setzen wir uns für eine Klimapolitik ein, die alle Bereiche mitnimmt - angefangen  
22 von politischen Entscheidungen über das Unternehmertum bis hin zum gesellschaftlichen Handeln.  
23 Für uns sind dabei Innovationen und Anreize bedeutend wichtiger als Verbote oder eine  
24 moralische Überlegenheit. Wir sind von der Innovationskraft unseres Landes fest überzeugt und  
25 glauben daher, dass den Herausforderungen des Klimawandels durch eine Stärkung der Forschung  
26 und Wissenschaft, durch Innovationen, aber auch durch Anreize und richtungsweisende Politik  
27 begegnet werden kann.

28 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 29 • die Einführung einer grünen Null bis 2050
- 30 • die Wiederaufnahme des jährlichen Klimaberichts in das Klimapaket
- 31 • ein Zusammendenken von Umwelt- und Landwirtschaftspolitik und eine Zusammenlegung  
32 beider Ministerien auf Bundesebene,

33

## 34 **Energiewende voranbringen**

35 Die nachhaltige Produktion und Nutzung von Energie ist das zentrale Thema hinsichtlich der Frage,  
36 wie die globale Erwärmung auf 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau beschränkt werden  
37 kann. Die Junge Union vertritt hierbei die Position, dass dies nur durch massive und vor allem  
38 zeitnahe Investitionen in die Erforschung und Entwicklung neuer Technologien für die Produktion  
39 und Speicherung von Energie sowie die Effizienzsteigerung bestehender Technologien erreicht  
40 werden kann. Hierfür muss die Politik einerseits die richtigen Anreize für Industrie und Forschung  
41 für die Entwicklung innovativer und nachhaltiger Lösungen setzen und andererseits die  
42 notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, damit diese Lösungen sowohl im nationalen, als auch  
43 internationalen Markt zu den bisherigen Lösungen wettbewerbs- und konkurrenzfähig sind . Daher  
44 begrüßt die Junge Union Schleswig-Holstein auch den Verbund der Norddeutschen Energiewende  
45 4.0, bei der Schleswig-Holstein und Hamburg sich im Verbund von Wirtschaft, Wissenschaft und  
46 Politik gemeinsame Ziele gesetzt haben und Hand in Hand gehen.

### 47 Nachhaltige Produktion und Bereitstellung von Energie

48 Laut den Zahlen des Umweltbundesamts erzeugte Deutschland im Jahr 2018 40% seines Stroms  
49 mithilfe erneuerbarer Quellen. Den größten Anteil hat hieran die Windenergie, gefolgt von  
50 Biomasse, Solarenergie und Wasserkraft. Der Anteil Erneuerbarer Energien muss zügig weiter  
51 gesteigert werden, ohne dabei aber Anwohner und Naturschutz aus den Augen zu verlieren. Neben  
52 dem Bau weiterer großer (Offshore-)Windparks muss darüber hinaus auch eine Vereinfachung der  
53 gesetzlichen Vorgaben für bspw. die Eigenstromversorgung bei privaten und gewerblichen  
54 Anlagen vorangetrieben werden. Insbesondere Offshore-Windparks müssen im Fokus des weiteren  
55 Ausbaus stehen, da diese große Strommengen erzeugen können und dabei keine negativen  
56 Auswirkungen für Anwohner, wie bspw. für Windparks auf dem Festland, haben.

57 Neben der nachhaltigen Produktion ist die Speicherung von Energie von zentraler Wichtigkeit. Vor  
58 allem Wind- und Solarenergie sind aufgrund ihrer Abhängigkeit von Wetter und Tageszeit keine  
59 verlässlich planbaren Energiequellen. Im Rahmen des Ausstiegs aus Kernkraft und Kohleenergie ist  
60 es für eine nachhaltige Energiepolitik unabdingbar, zügig eine Antwort auf die Frage zu finden, wie  
61 große Mengen an erneuerbar produzierter Energie gespeichert und dem Stromnetz bei Bedarf  
62 wieder zugeführt werden können, ohne die Stabilität des deutschen Energienetzes zu gefährden. Je  
63 schneller diese Lösungen entwickelt werden und sich am Markt etablieren, desto schneller können  
64 Die Junge Union erkennt, dass ein Festhalten an der Kohleverstromung bis 2038 dafür sorgen kann,  
65 dass wir das Klimaziel von 1,5°C nicht erreichen könnten. Maßnahmen, die dazu führen, dass die  
66 Ziele des Kohlekompromisses bereits vor 2038 umgesetzt werden und somit ein früherer Ausstieg  
67 aus der Kohleverstromung erreicht werden kann, unterstützt die Junge Union Schleswig-Holstein  
68 daher. Gleichzeitig erkennt die Junge Union Schleswig-Holstein aber auch an, dass das Ziel eines

69 Ausstiegs aus der Kohleverstromung bis 2030 kaum möglich ist, ohne massivst Strom aus  
70 polnischer Kohle sowie französischer Kernkraft zu importieren und in den Regionen der  
71 Kohleverstromung auf Arbeitsplätze ohne vorherige Kompensation und Neuschaffung zu  
72 verzichten. Die Energiewende darf aber niemanden abhängen und die grüne Null darf nicht  
73 dadurch erschlichen werden, dass wir zwar in Deutschland keine Kohleverstromung mehr  
74 vornehmen, zugleich aber ausländischen Kohlestrom importieren, deren Emissionen deutlich über  
75 den deutschen Kraftwerken liegen.

76 Doch auch dies kann nur dann gelingen, wenn zeitnah neue Lösungen entwickelt werden und zur  
77 Nutzung zur Verfügung stehen. Schleswig-Holstein sollte als wichtiger Lieferant von Windenergie  
78 diese Herausforderungen als Chance begreifen und unter Einbeziehung von Industrie und  
79 Wissenschaft die Erforschung und Entwicklung von innovativen Speichermöglichkeiten für Energie  
80 fördern und forcieren, um Schlüsseltechnologien der Zukunft - made in Schleswig-Holstein - zu  
81 entwickeln. Dies kreiert lukrative nationale und internationale Märkte, schafft und sichert  
82 zukunftsfähige Arbeitsplätze und nimmt eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Klimaerwärmung  
83 ein. Dabei sollten gemeinsame Lösungen mit europäischen Partnern angestrebt werden.

84 Nach der Speicherung ist schließlich der Transport der Energie zum Endverbraucher zu betrachten.  
85 Als einer der Vorreiter in der Energiewende gehört Schleswig-Holstein zu den deutschlandweit  
86 größten Produzenten von erneuerbaren Energien. Leider scheitert der effektive Transport von in  
87 Schleswig-Holstein erzeugter günstiger Windenergie in die Bundesländer jedoch weiter am  
88 fehlenden Ausbau der Stromtrassen. Hier sind insbesondere die anderen Bundesländer und der  
89 Bund in der Pflicht, den Ausbau der Stromtrassen endlich umzusetzen. Den Ausbau erneuerbarer  
90 Energie zu fordern und gleichzeitig den Ausbau von Stromtrassen zu verzögern oder gar zu  
91 verhindern, ist nicht hinnehmbar. Die Trassen sollen sich allerdings an den Hauptverkehrsstrassen  
92 wie Autobahnen orientieren und nicht durch Ortschaften verlaufen.

93 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 94 • einen Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere Offshore-Windparks, unter  
95 Miteinbindung des Naturschutzes und der Bürger,
- 96 • Eine besondere Unterstützung von Bürgerwindparks und Bürgerbeteiligung.
- 97 • die Reduktion der gesetzlichen Hürden bei Eigenstromversorgung,
- 98 • „Intensivierung der Förderung, die einen früheren Ausstieg aus der Kohleverstromung bei  
99 gleichzeitiger Einhaltung des Kohlekompromisses zulässt.
- 100 • die Förderung der Erforschung und Entwicklung von Speichermöglichkeiten für Energie aus  
101 erneuerbaren Energiequellen,
- 102 • den zügigen Ausbau von Stromtrassen in anderen Bundesländern,

### 103 Vermeidung von neuen CO2-Emissionen

104 Bereits heute existieren allerdings technische Lösungen, die aus den in Industrieanlagen als Abfall  
105 anfallenden oder des in der Atmosphäre vorhandenen CO2s Treibstoffe herstellen können. Gerade  
106 die Lagerung oder Weiterverwendung von CO2 aus der Produktion und der Atmosphäre für derzeit  
107 noch benzin- und kerosinabhängige Technologien oder die Nutzung in modernen  
108 landwirtschaftlichen Betrieben (z.B. vertikalen Farmen) wäre ein wichtiger und realistischer Schritt.  
109 Die Nutzung von CO2 für bspw. die Produktion von CO2-neutralen Treibstoffen ist jedoch im  
110 Vergleich zur Produktion von Treibstoffen auf Erdölbasis am Markt aufgrund ihres höheren Preises  
111 noch nicht konkurrenzfähig. Die weitere Erforschung, Entwicklung und Skalierung der CO2-  
112 Extraktion muss von der Politik daher substantiell unterstützt und die Konkurrenzfähigkeit der aus  
113 ihr resultierenden Produkte muss bspw. durch die Anpassungen von Mehrwertsteuersätzen oder  
114 die Berücksichtigung im Rahmen des nationalen oder sogar eines europäischen  
115 Emissionshandelssystems sichergestellt werden.

116 Daher setzt sich die Junge Union für eine zügige eine Ausweitung des auf der EU-Ebene bereits  
117 bestehenden Emissionshandelssystems ein. Um die international vereinbarten Ziele für 2030 für die  
118 EU-Mitgliedsstaaten und die EU zu erreichen, ist es dabei notwendig, die Anzahl der jährlich  
119 vergebenen Emissionszertifikate ab 2021 stärker, als bisher durch die EU-Kommission vorgesehen,  
120 zu senken. Viele stark CO2-emittierende Sektoren sind im bisherigen Emissionshandelssystem nicht  
121 enthalten. Deshalb ist eine Ausweitung des EU-Emissionshandels auf die Sektoren Transport,  
122 Kreuzfahrten und Textilindustrie.

123 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 124 • die substantielle Unterstützung der Erforschung und Skalierung von Technologien zur  
125 Extraktion von CO2 aus der Atmosphäre und aus Industrieanlagen,
- 126 • die rasche Umsetzung eines nationalen Emissionshandelssystems,
- 127 • die Unterstützung der Entwicklung von CO2-neutralen Treibstoffen sowie die  
128 Sicherstellung ihrer Konkurrenzfähigkeit am Markt durch steuerliche Anreize,

### 129 Potenziale der Wasserstofftechnologie nutzen

130 Der Wasserstoff nimmt als Energieträger eine wichtige Rolle zur Lösung der Klimaprobleme im  
131 Mobilitätssektor ein. Hier muss der norddeutsche Standortvorteil genutzt werden. In Schleswig-  
132 Holstein gab es 2018 ungenutzte elektrische Energie in einer Höhe von 2.524 Gigawattstunden  
133 (GWh) aus Wind an Land, Sonne und Biomasse, da die Netze die erzeugte elektrische Energie nicht  
134 ableiten können. Diese Energie kann genutzt werden, um vor Ort Wasserstoff mittels eines  
135 Elektrolyseurs zu erzeugen. Dies ist auch eine Chance zur Weiternutzung der alten  
136 Windenergieanlagen, die aus der 20-jährigen EEG-Bindung fallen. Durch die Stromnebenkosten aus

137 dem EEG ist der so erzeugte Wasserstoff aus erneuerbarem Windstrom noch nicht  
138 wettbewerbsfähig. Nur wenn der Wasserstoff in unmittelbarer Nähe zur Windenergieanlage  
139 produziert wird, entfallen Stromnebenkosten. Durch die verstreute Produktion wird jedoch die  
140 Abfuhrlogistik stark erschwert. Die Wettbewerbsfähigkeit des „grünen“ Wasserstoffes muss  
141 hergestellt werden, um eine weitere Wertschöpfung in Schleswig-Holstein zu erreichen. Die Junge  
142 Union fordert daher, sämtliche Anlagen von Stromnebenkosten zu befreien, die regional  
143 Wasserstoff aus Windenergie produzieren.

144 Der so erzeugte Wasserstoff kann verschiedenen Verwendungen zugeführt werden. Er kann als  
145 Prozessgas in der Industrie genutzt oder auch zu 2% in das Erdgasnetz eingespeist werden.  
146 „Zudem kann dieser durch katalytische Prozesse mit CO<sub>2</sub> auch zu „fossilen“ Brennstoffen (Alkane)  
147 veredelt. Der Wasserstoff kann jedoch auch einen wichtigen Beitrag zur Mobilitätswende leisten.  
148 Es lassen sich mit der Brennstoffzellentechnologie vergleichbare Reichweiten wie mit  
149 Verbrennungsmotoren betriebenen PKW erzielen und der Auftankvorgang liegt auch in einem  
150 vergleichbaren Zeitraum. Hierfür muss dringend eine Betankungsinfrastruktur geschaffen werden.  
151 Außerdem müssen Anreize geschaffen werden, um die Anzahl von Wasserstoff betriebenen  
152 Fahrzeugen im Personen- aber auch im Schwerlastverkehr zu steigern. Zur Förderung der mit  
153 Wasserstoff betriebenen LKW sollen diese von der Maut befreit werden. Die öffentlichen  
154 Fuhrparks müssen auch hier positiv vorangehen und bei ihren Flottenbeschaffungen neben den  
155 batterieelektrischen Antrieben auch die Brennstoffzellentechnologie berücksichtigen.

#### 156 Akzeptanz der Energiewende

157 Neben der Vielzahl möglicher Maßnahmen muss gleichzeitig das Thema Akzeptanz der  
158 Energiewende aufgegriffen werden. Der derzeitige Preis pro Kilowattstunde wird für einen  
159 zunehmend größer werdenden Teil der Bevölkerung zu einer substanziellen finanziellen Belastung.  
160 Windräder in unmittelbarer Nähe von Wohnsiedlungen sorgen für Frust und Unverständnis und  
161 schmälern die Akzeptanz für die Energiewende.

162 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 163 • die Unterstützung der Wasserstofftechnologie zum Zweck der Stromspeicherung,
- 164 • die Schaffung einer flächendeckenden Wasserstoff-Betankungsinfrastruktur,  
165 Stromnebenkostenbefreiung der Wasserstoffherzeugung aus Windenergie
- 166 • Entlastungen für mit Wasserstoff betriebene LKW,
- 167 • die Verbesserung des Dialogs mit den Bürgern anregen, um für mehr Akzeptanz und  
168 Engagement beim Klimaschutz zu werben.
- 169 • die Förderung von klimafreundlichen Investitionen im Privatbereich.

- die Unterstützung der Wasserstofftechnologie zum Zweck der Stromspeicherung.

## 171 **Mobilitätswende**

172 Nach der Energiewirtschaft gehört der Verkehr zu den größten CO<sub>2</sub>-Emittenten in Deutschland.  
173 Um die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus diesem Bereich zu reduzieren, müssen umweltfreundliche  
174 Verkehrskonzepte und Alternativen in den Fokus gerückt und gefördert werden, die nachhaltig die  
175 CO<sub>2</sub>-Emissionen verringern. Diese Forderungen können durch eine Verbesserung des ÖPNV, einen  
176 verbesserten Verkehrsfluss oder neue (Antriebs-)Techniken erreicht werden. Allerdings dürfen  
177 diese Forderungen nicht zu einer Einschränkung der Mobilität der Bürger in Schleswig-Holstein  
178 führen, da Schleswig-Holstein insbesondere durch ländliche Strukturen geprägt ist und diese  
179 erhalten werden sollen. Eine Einschränkung der Mobilität schwächt die ländlichen Bereiche  
180 nachhaltig in ihrer Struktur, Wettbewerbsfähigkeit, Attraktivität und Kaufkraft und könnte somit  
181 zu einer verstärkten Landflucht führen.

182 Im Nahverkehrssektor liegt der Fokus derzeit auf der Verbreitung und Verbesserung von  
183 Elektroautos. Bisher ist das Elektroauto aber den Autos mit Verbrennungsmotoren in der CO<sub>2</sub>-  
184 Bilanz nicht überlegen, wenn Produktion und Verbrauch einbezogen werden und es ist fraglich, ob  
185 es zukünftig überlegen sein wird. Statt unüberlegt allein die Verbesserung von Elektroautos zu  
186 fördern sollten besser auch verschiedene weitere Antriebsformen wie zum Beispiel  
187 Verbrennungsmotoren und Wasserstoffbetriebene Fahrzeuge optimiert beziehungsweise erforscht  
188 werden.

189 Der ÖPNV mit Bus und Bahn stellt nicht nur im Nah-, sondern auch im Fernverkehr eine  
190 klimafreundliche Alternative zum Auto dar. Grundlage für die Annahme des ÖPNV durch die  
191 Bürger ist allerdings eine entsprechende Attraktivität und Funktionalität sowie Zuverlässigkeit der  
192 entsprechenden Verkehrsmittel bei angemessenen Preisen. Ein großes Problem der Bahn ist deren  
193 Unpünktlichkeit und Unzuverlässigkeit. Verspätungen und nicht voll funktionsfähige Züge  
194 (defekte Türen, Klimaanlage, Licht -installation“, etc.) mindern die Qualität und Annahme dieser  
195 Dienstleistung deutlich. Darüber hinaus ist die Nutzung des Autos noch immer häufig günstiger  
196 und flexibler, sodass die Anreize für die Nutzung des ÖPNVs maßgeblich verbessert werden  
197 müssen. Der Ausbau schneller und regelmäßiger Verbindungen zwischen großen Städten und  
198 Metropolen mit angemessenen Zwischenhalten hat das Potential, die Akzeptanz bei Reisen zu  
199 steigern. So sollte es z. B. Ziel sein, dass eine Bahnfahrt zwischen Kiel und Hamburg nur 45  
200 Minuten dauert und günstiger als eine Autofahrt ist.

201 Ein weiterer wichtiger Aspekt zur Nutzung des ÖPNVs ist die Erreichbarkeit aus den ländlichen  
202 Regionen. Dies kann dadurch erfolgen, dass die Taktung des Busverkehrs auf die Bahn abgestimmt  
203 wird oder ausreichend kostenlose Park and Ride-Anlagen zur Verfügung stehen. In besonders  
204 ländlichen Regionen, in denen eine Auslastung von Bussen nicht gegeben ist, sollte

205 flächendeckend ein Rufbussystem etabliert werden. Weiter ist das Schaffen neuer  
206 Querverbindungen notwendig, um eine flexible und effektive Alternative zum Individualverkehr zu  
207 bieten. Eine Anschlussgarantie beim Umsteigen im ÖPNV wird angestrebt.

208 Der Preis darf nicht auf Kosten der Beförderungsunternehmen gesetzlich vorgeschrieben gesenkt  
209 werden, da dies möglicherweise im Widerspruch zur geforderten Verbesserung der Dienstleistung  
210 stünde. Dennoch ist eine Preissenkung unabdingbar für eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV.  
211 Möglich wären eine Anpassung der Umsatzsteuersätze für den ÖPNV oder in der Unterstützung  
212 durch den Arbeitgeber etc. Um den ÖPNV attraktiver zu gestalten, muss mit dem Hamburger  
213 Verkehrsverbund aufgrund seiner engen Verflechtung und starken Nutzung von Schleswig-  
214 Holsteinern zusammengearbeitet werden.

215 In bestimmten Bereichen können auch alternative Möglichkeiten der Fortbewegung zu einer  
216 Verbesserung der Klimabilanz im Verkehrsbereich führen. Diese Alternativen müssen allerdings zu  
217 der geforderten Reduzierung von bisher mit dem Auto gefahrenen Strecken führen. Der aktuelle  
218 Trend der e-Scooter in deutschen Großstädten wirkt auf den ersten Blick modern, funktional und  
219 hip, hat allerdings keine Reduzierung der gefahrenen Kilometer oder Emissionen zur Folge. Aus  
220 diesem Grund fordert die Junge Union eine Weiterentwicklung von E-Scooter-Angeboten, bspw.  
221 mit stationären Ladesäulen. E-Bikes können besonders im städtischen Umfeld oder ländlicher  
222 Struktur mit entsprechender Dichte bzw. bei geringen bis mittleren Entfernungen zu  
223 entsprechenden Bereichen (Arbeitsplätze, Supermärkte, Ärzte etc.) das Auto ersetzen. Neben  
224 finanziellen Anreizen bei der Anschaffung von e-Bikes muss eine entsprechende Infrastruktur  
225 geschaffen werden. Dazu zählt neben ausreichend Ladesäulen insbesondere die  
226 Fahrradfreundlichkeit der Innenstädte. Weiter fordert die Junge Union Schleswig-Holstein eine  
227 Helmpflicht für die Nutzung von E-Bikes. Weitere alternative Antriebe und zukunftsfähige  
228 Techniken sollten beim Transport von Waren und Gütern zum Einsatz kommen. In unserer  
229 arbeitsteiligen Wirtschaft und den Just-In-Time-Lieferungen sowie einem steigenden Anteil des  
230 Versandhandels haben die Warenmengen auf deutschen Straßen stark zugenommen und werden  
231 in Zukunft eher weiter zu- als abnehmen. Besonders auf den hochfrequentierten Strecken, wie z. B.  
232 vom Hafen Hamburg in die Logistikzentren im Hamburger Umland, sind feste und regelmäßige  
233 Routen für Transporte auf der Straße realisierbar. Diese Strecken können für LKW elektrifiziert und  
234 von entsprechenden Hybrid-Fahrzeugen genutzt werden. Die Einrichtung einer entsprechenden  
235 Strecke erfolgt bereits auf der A1, sollte aber auf mehr Versuchsstrecken ausgeweitet werden. Der  
236 Transport zum Verbraucher/Endkunden kann dann von den Logistikzentren ausgehend per  
237 autonome Systeme über spezielle Ports und Packstationen erfolgen. Damit dies möglich wird,  
238 müssen im Bereich der Infrastruktur und der gesetzlichen Regelungen die notwendigen  
239 Entwicklungen und Anpassungen erfolgen.

240 In den überlasteten Innenstädten können weiterhin intelligente Verkehrsmanagementsysteme  
241 eine Entlastung schaffen. Ständiges Beschleunigen, Abbremsen und Stehen bei laufendem Motor  
242 erhöht die Emissionen deutlich im Vergleich zu einem konstanten Verkehrsfluss, u. U. auch bei  
243 geringeren Geschwindigkeiten. Dies schont die Umwelt und Einwohner der Innenstädte.

244 Um Entwicklung klimaneutraler Antriebstechniken zu fördern, sollte für Unternehmen die  
245 Möglichkeit bestehen, die Aufwendungen für Forschung in diesem Bereich zu aktivieren. Der  
246 Schiffsverkehr für den Transport von Waren sowie touristische Kreuzfahrten haben in der  
247 Vergangenheit deutlich in ihrem Umfang zugenommen. Dieser Bereich betrifft Schleswig-Holstein  
248 durch seine maritime Wirtschaft, Lage zwischen zwei Meeren und den entsprechenden Häfen und  
249 Terminals in besonderer Weise. Die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Schifffahrt kann über  
250 mehrere Wege erfolgen. Dabei kann beispielsweise eine Reduktion über strömungsfreundlichere  
251 Oberflächen und den umweltschonenden Schutz vor Seepocken etc. helfen. Zusätzlich ist der  
252 Betrieb der Schiffe im Hafen über den eigenen Strom aus dem Schiffsdiesel nicht mehr zeitgemäß,  
253 wenn in den Häfen Anlagen zur Versorgung mit Landstrom vorhanden sind. Zum anderen sollten  
254 einheitliche niedrige Emissionsgrenzwerte in allen europäischen Häfen festgelegt werden. Zum  
255 anderen sollten einheitliche niedrige Emissionsgrenzwerte in allen europäischen Häfen festgelegt  
256 werden. Da dieser jedoch zu teuer ist, fordert die Junge Union Schleswig-Holstein die Abschaffung  
257 der EEG-Umlage für Landstrom. Darüber hinaus sollte das Ziel sein, dass dieser Strom bis 2025  
258 ausschließlich aus erneuerbaren bzw. CO<sub>2</sub>-neutralen Energien stammt.

259 Neben der Schifffahrt gehören Flüge zu den emissionsstärksten Arten der Fortbewegung in Bezug  
260 auf die Personenkilometer. Allerdings sind Flugreisen aufgrund von Dumpingpreisen und der  
261 Steuerfreiheit von Kerosin häufig die günstigste Art der Fortbewegung auf nationalen und  
262 internationalen Strecken. Dies ist ein Umstand, welcher im Widerspruch zum Umweltschutz steht  
263 und nicht zielführend ist. Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein die internationale  
264 Besteuerung von Kerosin. Um die Emissionen der durchgeführten Flugreisen zu reduzieren,  
265 könnten durch eine einheitliche Flugsicherheit in Europa die Flugstrecken verkürzt werden, weil  
266 die Flüge auf direkten Strecken die Ziele anfliegen können und keine Umwege mehr fliegen, um  
267 nur bestimmte Korridore zu passieren und dadurch den administrativen Verwaltungsaufwand zu  
268 reduzieren. Da es sich bei Flugzeugen nicht abzeichnet, dass lokal emissionsfreie Antriebe genutzt  
269 werden können, soll eine CO<sub>2</sub>-neutrale Herstellung von Kerosin gefördert werden

270 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 271 • den Fokus bei Verbesserungen im Verkehr auf nachhaltige CO<sub>2</sub>-Reduzierungen zu legen,
- 272 • die Erreichbarkeit, Angebote zum ÖPNV zu verbessern,
- 273 • den Ausbau schneller Bahnverbindungen zwischen Kernregionen,

- 274 • das Park and Ride zu verbessern/auszubauen,
- 275 • die Pünktlichkeit und Funktionssicherheit der Bahn zu,
- 276 • die Schaffung einer öffentlichen Ladestruktur für E-Scooter und sowie finanzieller Anreize
- 277 für die Anschaffung von E-Bikes,
- 278 • die Verbesserung der Fahrradfreundlichkeit in den Innenstädten,
- 279 • Ausbau und Forschung zu elektrifizierten Autobahnen,
- 280 • Forschung und Entwicklung zu den Rahmenbedingungen im autonomen Warentransport
- 281 per autonomer Systeme,
- 282 • die Weiterentwicklung und Installation intelligenter Verkehrsmanagementsysteme,
- 283 • Reedereien zu verpflichten, 1% ihres Umsatzes in Forschung zu emissionsmindernden
- 284 Techniken zu investieren,
- 285 • die flächendeckende Verwendung von Landstrom in den Häfen sowie die ausschließliche
- 286 Nutzung von erneuerbaren Energien für Landstrom bis 2025,
- 287 • die Befreiung der Reedereien von der EEG-Umlage,
- 288 • die zusätzliche Versteuerung von Flugreisen auf Kurzstrecken,
- 289 • die Aufhebung der Steuerfreiheit von Kerosin auf internationaler Ebene,
- 290 • die Einführung einer internationalen Flugsicherheit, um direkte Flugstrecken auf
- 291 administrativer Ebene zu vereinfachen

## 292 **Anreize für gesellschaftliches und unternehmerisches Handeln**

293 Um das Klima und die Umwelt zu schützen, ist auch die Gesellschaft in Verantwortung, ihr  
294 Verhalten zu ändern. Die Politik muss hier wertvolle Anreize schaffen und die Bevölkerung in  
295 ihrem Handeln unterstützen.

### 296 Bildung als Grundstein für umweltbewusstes Verhalten

297 Nachhaltiges Verhalten wird in der Gesellschaft nun fest verankert, wenn bereits im Kinder- und  
298 Jugendalter damit begonnen wird. Damit Kinder frühzeitig an das Thema herangeführt werden und  
299 ein umweltbewusstes Verhalten erlernen, sollte jedes Grundschulkind einen Bauernhof besuchen,  
300 Blumen im Klassenzimmer pflegen, in den heimischen Wald gehen und diesen kennenlernen, etwas  
301 über Recycling und nachhaltiges Leben im Unterricht erlernen. Denn eines der großen Probleme  
302 ist, dass die Entfremdung, insbesondere von städtischen Kindern zur Natur, immer größer wird.  
303 Auch in den weiterführenden Schulen sollte nachhaltige Entwicklung eine Rolle spielen und durch  
304 naturnahe Projekte das Umweltbewusstsein verbessert werden. So könnten beispielsweise ein

305 Plastikfreier-Tag oder ein Müllsammel-Tag in Schulen oder gar eine Umwelt-AG eingerichtet  
306 werden.

### 307 Nachhaltigkeitsmanagement in Unternehmen

308 Um Nachhaltigkeit noch stärker als bisher in Unternehmen zu verankern, ohne gleichzeitig  
309 Greenwashing zu betreiben, sollten insbesondere die IHK, die WTSH sowie  
310 Unternehmensberatungen Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit beraten und unterstützen.  
311 So könnte ein Nachhaltigkeitscheck für die Aufnahme oder Zusammenarbeit entwickelt werden,  
312 der den Unternehmen eine direkte Rückmeldung gibt. Weiterhin sollte die WTSH ihren Leitfaden  
313 zur Nachhaltigkeit so überarbeiten, dass einfache Lösungen für alle Unternehmensgrößen möglich  
314 sind und individuelle Lösungen für alle gefunden werden können. Ein zielführendes  
315 Nachhaltigkeitsmanagement darf nicht mehr Ressourcen kosten, als es Ressourcen einspart.

### 316 Ökologischen Fußabdruck einführen

317 Die gemeinsame Einigung von Einzelhandel und Bundesumweltministerium Plastiktüten nicht  
318 mehr kostenlos an Kunden abzugeben, begrüßt die JU Schleswig-Holstein. Solche Einigungen sind  
319 gute Lösungen, da alle Akteure an der Verhandlung beteiligt waren und dies ausschließlich Vorteile  
320 bringt. Nach Lösungen wie diesen sollte noch stärker gesucht werden als bisher, um richtige  
321 Anreize für das gesellschaftliche Handeln zu setzen. Daher begrüßt die Junge Union Schleswig-  
322 Holstein auch das EU-Verbot von bestimmten Einweg-Artikeln. Gleichwohl sollte bei  
323 Alternativprodukten auch immer auf die ökologischen Auswirkungen geachtet werden. Dieses  
324 System sollte auch weiter ausgebaut werden, um unnötigen Plastikmüll zu verhindern. So sollten  
325 Mehrwegprodukte geringer als Einweg-Produkte besteuert werden.

326 Um der Gesellschaft jedoch auch Entscheidungskompetenz zu geben, fordert die Junge Union  
327 Schleswig-Holstein die freiwillige Einführung eines einheitlichen ökologischen Fußabdrucks für alle  
328 Produkte. Somit würden Verbraucher aufgeklärt und können auf dieser Basis umweltfreundlich,  
329 aber selbstständig entscheiden. Gleichzeitig gäbe es einen Anreiz für Unternehmen, möglichst  
330 umweltfreundliche Produkte zu produzieren. Dieser ökologische Fußabdruck sollte sowohl für  
331 Lebensmittel als auch für sonstige Produkte gelten und sowohl die Produktion als auch die  
332 Verpackung betrachten. Somit würde auch ein Anreiz gesetzt werden, dass Mehrfach-  
333 Verpackungen reduziert werden. Darüber hinaus sollten alle Produkte gekennzeichnet sein, die  
334 plastikfrei sind, um auch hier den Verbrauchern eine Entscheidungshilfe zu geben. Dies ist  
335 insbesondere bei Kosmetika und verstecktem Plastik (z. B. Mikroplastik) wichtig.

### 336 Umgang mit Lebensmitteln

337 In Deutschland werden täglich große Mengen an Lebensmitteln entsorgt, besonders von großen  
338 Supermarktketten. Auch das verschwendet Ressourcen, die wir unserer Umwelt nehmen. Nach

339 dem Vorbild von Tschechien und Frankreich setzt sich die Junge Union Schleswig-Holstein dafür  
340 ein, dass große Supermarktketten noch haltbare Lebensmittel, die jedoch nicht mehr verkauft  
341 werden, an die Tafeln e. V. oder eine vergleichbare Institution spenden müssen. Dies würde diese  
342 Institutionen unterstützen, mit der steigenden Zahl Bedürftiger zurecht zu kommen. Des Weiteren  
343 sollten von der Tafel abgelehnte Lebensmittel für sogenannten Foodsharer bereit gestellt werden  
344 mit der Entlassung der Unternehmen aus der Haftung.

345 Die nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung muss konsequent  
346 umgesetzt werden. Damit dies in der entsprechenden Konsequenz erfolgen kann, müssen die  
347 Zeitpunkte der größten Lebensmittelverschwendung in dem Zyklus aufgedeckt und transparent  
348 veröffentlicht werden, damit diese durch entsprechende Informationen und Maßnahmen in der  
349 Bevölkerung reduziert werden können. Zusätzlich können die Aufklärungskampagnen ebenfalls  
350 Informationen über Regionalität und Saisonalität der Bevölkerung zur Verfügung stellen. Durch  
351 weniger Transporte und Lagerhaltung wird ebenfalls die Umwelt entlastet. Dabei sollten besonders  
352 die Kantinen der öffentlichen Einrichtungen mit gutem Beispiel vorangehen und vermehrt auf  
353 Regionalität und Saisonalität achten.

354 Aufgrund unserer sehr hohen Verbraucherschutzstandards sind zahlreiche Artikel in Supermärkten  
355 zum Teil mehrfach in Plastik verpackt. Insbesondere Gemüse und Obst sollten nicht mehr in Plastik  
356 verpackt werden, da diese weder der Haltbarkeit noch der Hygiene dienen. Um Bio von  
357 konventionellen Produkten zu unterscheiden, sollten diese mithilfe von Lasern gekennzeichnet  
358 werden.

359 Darüber hinaus hat sich das Pfandflaschensystem in Deutschland als Erfolgsmodell herausgestellt.  
360 Um die Umwelt besser zu schützen, müssen wir es auf weitere Produkte, insbesondere  
361 Glasprodukte ausweiten und uns auf europäischer Ebene einsetzen, es weiter zu verbreiten.

362 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 363 • eine Stärkung des Umweltbewusstseins in Schulen und die Einrichtung von Umwelttagen,
- 364 • einen einfachen Nachhaltigkeitscheck für Unternehmen durch die IHK und die WTSH  
365 sowie eine Überarbeitung des Nachhaltigkeitsleitfadens der WTSH,
- 366 • eine geringere Besteuerung von Mehrweg-Produkten als von Einweg-Produkten,
- 367 • die Einführung des ökologischen Fußabdrucks für Lebensmittel und herkömmliche  
368 Produkte,
- 369 • die Kennzeichnung von plastikfreien Produkten,
- 370 • große Supermarktketten zu verpflichten, übrig gebliebene, noch haltbare Lebensmittel an  
371 die Tafeln zu spenden statt diese zu entsorgen,

- 372 • dass öffentliche Kantinen vermehrt auf Regionalität und Saisonalität setzen und somit  
373 Vorbild für private Träger sind,
- 374 • einen einheitlichen Pfandbetrag für alle Flaschen einzuführen,
- 375 • die Ausweitung des Pfandsystem auf die EU.

### 376 **Recycling als energetisch günstige Alternative zur Verbrennung**

377 Das EU-Recht gibt eine Abfallhierarchie vor, die besagt, dass an erster Stelle die Vermeidung von  
378 Müll steht, dann Recycling und Wiederverwertung kommen und als letzte Option, falls das  
379 Recycling laut Betrachter nicht wirtschaftlich genug sei, die Endverwertung, also die Verbrennung  
380 des Mülls, steht. Zwar kann die Energie aus der Verbrennung von nicht recyclebarer Müll für  
381 Fernwärme genutzt werden, doch ist diese dabei energetisch wesentlich ungünstiger als Recycling.  
382 Das zeigt, welchen Beitrag Recycling zur Schonung natürlicher Ressourcen leisten kann.

383 Problematisch an der Abfallhierarchie ist, dass nicht klar definiert wird, ab wann etwas als  
384 wirtschaftlich beziehungsweise als umsetzbar gilt. Dadurch können die EU-Mitgliedstaaten für sich  
385 auslegen, wann sie recyceln und wann sie verbrennen möchten. Aus diesem Grund fordert die  
386 Junge Union Schleswig-Holstein eine konkrete EU-weit gültige Richtlinie, ab wann Müll verbrannt  
387 werden darf.

388 Bei Plastikmüll ist häufig das Problem, dass es sich um Verbundmaterialien handelt, zu deren  
389 Trennung teure Sortiermaschinen von Nöten sind. Da dies im Augenschein der Unternehmen nicht  
390 wirtschaftlich ist, wird dieser häufig energetisch ungünstig verbrannt oder ins Ausland exportiert,  
391 dort verbrannt oder in die Weltmeere entsorgt. Um diesem Problem entgegenzuwirken, fordert die  
392 Junge Union Schleswig-Holstein zunächst die Förderung der Anschaffung von Sortiermaschinen  
393 und für das Recycling notwendiger Gerätschaften. Weiterhin fordert die Junge Union Schleswig-  
394 Holstein, den Export von Müll in Entwicklungs- und Schwellenländer zu verbieten. Deren  
395 Recycling- und Müllverwertungssysteme sind in keiner Form auf diese Mengen von Müll sowie auf  
396 umweltschonendes Recycling ausgerichtet, sodass es in zahlreichen Fällen zu noch mehr  
397 Umweltverschmutzung kommt. Deutschland kann die Verantwortung für seinen Müll nicht an  
398 Länder, die dem nicht gewachsen sind, abgeben. Da einige unserer europäischen Nachbarstaaten  
399 bessere Systeme zum Recycling von Plastik und ähnlichem haben, sieht die Junge Union Schleswig-  
400 Holstein einen Export von Müll in diese europäische Länder als unkritisch. Oberstes Ziel muss  
401 jedoch sein, den selbst produzierten Müll auch in Deutschland zu recyceln.

402 Das Recycling unterliegt in Europa in jedem Staat anderen Richtlinien. Häufig führt dies zu hohem  
403 Bürokratieaufwand bei innereuropäischem Export und Import von Müll. Die Junge Union  
404 Schleswig-Holstein fordert daher europaweit einheitliche Richtlinien. Eine deutsche Vorreiterrolle  
405 in der Technik und dem Wissen ums Recycling bietet der deutschen Wirtschaft zahlreiche Chancen

406 und reduziert die Gefahr einer Ressourcenknappheit. Aus diesem Grund fordert die Junge Union  
407 Schleswig-Holstein, die Forschung in diesem Bereich zu intensivieren, um Recycling  
408 wirtschaftlicher zu machen.

409 Voraussetzung für das Recycling von Müll ist die korrekte Trennung durch den Verbraucher. Noch  
410 zu häufig wird Müll, insbesondere in Mehrfamilienhäusern, nicht getrennt. Dies liegt unter  
411 anderem auch an Unwissen und dem Gerücht, dass ohnehin alles gemeinsam recycelt wird. Die  
412 Bürger sollten besser aufgeklärt werden. Verursacher von fehlbefüllten Behältern oder falsch  
413 bereitgestellten Sperrmüll sollten stärker sanktioniert werden.

414 Weiterhin führen lose Müllsäcke (z.B. Gelbe Säcke) dazu, dass Müll in die Natur gelangt und zur  
415 Gefahr für Tiere wird. Um diesem Problem zu begegnen, fordert die Junge Union Schleswig-  
416 Holstein die Abschaffung von losen Müllsäcken und die verpflichtende Nutzung von Mülltonnen  
417 und Müllcontainern. Öffentliche Mülltonnen sollten überdies nur mit einer Schließmöglichkeit  
418 aufgestellt werden dürfen, damit insbesondere Tiere diesen Müll nicht mehr herauspicken und in  
419 die Natur und Meere verbreiten.

420 Besonders problematisch ist die Trennung von Batterien vom normalen Hausmüll. Batterien  
421 enthalten zum einen giftige Inhaltsstoffe sowie wichtige und knappe Rohstoffe, die bei der  
422 Verbrennung verloren gehen würden. Um den Aufwand für den Verbraucher bei der Entsorgung  
423 von Batterien zu verringern, fordert die Junge Union Schleswig-Holstein zumindest an großen  
424 Mietshäusern im Bereich der Mülltonnen und verpflichtend in Supermärkten auch immer ein  
425 Sammelbehältnis für Batterien aufzuhängen. Außerdem fordert die JU SH die Einführung eines  
426 Pfandsystems für Batterien

427 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert,

- 428 • Eine Vereinheitlichung der bundesweit verschiedenen Wertstoffrecyclingsysteme
- 429 • Eine neue Schwerpunktsetzung in der Entwicklungshilfepolitik und wirtschaftlichen  
430 Zusammenarbeit für Unterstützung und Anreizsetzung von Recyclingsystemen und -  
431 technologien
- 432 • Die Durchsetzung eines europaweiten Ablagerungsverbots für organische Abfälle
- 433 • eine europäische Richtlinie zur Konkretisierung von Recycling und zur Mülltrennung,
- 434 • die Förderung der Anschaffung von hochwertigen Sortiermaschinen und anderer  
435 Gerätschaften, die dem Recycling dienen,
- 436 • den Export von Müll in Schwellen- und Entwicklungsländer zu verbieten,
- 437 • Forschung und Innovation im Bereich Recycling stärker zu fördern,

- 438 • das Aufhängen von Hinweisschildern an Mehrfamilienhäusern zur korrekten  
439 Mülltrennung,
- 440 • fehlsortierte Mülltonnen stärker zu sanktionieren,
- 441 • eine einheitliche Entsorgungskennzeichnung von Verpackungen,
- 442 • die Abschaffung von losen Müllsäcken und die verpflichtende Nutzung von Mülltonnen  
443 und Müllcontainern,
- 444 • öffentliche Mülltonnen in Städten mit Schließeinrichtungen zu versehen,
- 445 • an den Abfalltonnen großer Mietshäuser ein Sammelbehältnis für Batterien aufzuhängen,
- 446 • eine Einführung von einheitlichen Entsorgungshinweisen auf Verpackungen sowie  
447 bundesweit einheitliche Farben von Mülltonnen.

#### 448 **Emissionsarmes Wohnen**

449 Neben der Mobilität weist der Bereich des Wohnens, insbesondere beim Bau und Heizen, die  
450 höchsten Emissionen auf. Daher ist es wichtig, auch hier anzupacken, um große Schritte zu gehen.

451 Die vorgestellten Maßnahmen im Klimapaket der Bundesregierung zum Bereich Bauen begrüßt  
452 und unterstützt die Junge Union Schleswig-Holstein und fordert nun eine schnelle Umsetzung und  
453 vor allem eine breite Aufklärung der Gesellschaft.

454 Um Wohneigentümer bei energetischen Investitionen zu unterstützen, fordert die Junge Union  
455 höhere Kreditvolumen bei der KfW für einen Zins unter 1%. Diese sollen nicht nur für  
456 grundlegende Sanierungen, sondern auch für einzelne Maßnahmen angeboten werden. Um über  
457 die zahlreichen Angebote einen Überblick zu erhalten, fordert die Junge Union Schleswig-Holstein  
458 ein Portal zu energetischen Sanierung, auf der die einzelnen Wettbewerber die Förderprogramme  
459 vorstellen und vergleichen können.

460 Aktuell wird aufgrund der Kostennachteile oftmals vom Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen  
461 zugunsten konventioneller Baustoffe abgesehen. Mit steigender Nachfrage nach alternativen  
462 Baustoffen würden diese jedoch in größeren Mengen und somit kostengünstiger produziert  
463 werden. Um die Nachfrage zu steigern, sollte bei allen öffentlichen Bauten ein 40%iger Anteil an  
464 nachwachsenden Baustoffen als Vorbild verwendet werden.

465 Rund 70% des Energieverbrauchs beim Wohnen entfällt auf das Heizen. Für ein  
466 umweltfreundlicheres Wohnen ist es also nicht nur wichtig, Energie zu sparen, sondern auch  
467 intelligent zu heizen. Bei vielen Formen der Energieerzeugung entsteht Abwärme, welche in vielen  
468 Fällen noch nicht optimal genutzt wird. Hierbei muss auf Neubau und Sanierung ein größerer  
469 Fokus gelegt werden, sodass dort, wo es möglich ist, Abwärme zum Heizen genutzt wird. Gerade  
470 neue Wohngebiete sollten mit der Möglichkeit von lokaler Energiegewinnung und der Nutzung von

471 Abwärme geplant und errichtet werden. Darüber hinaus soll der Bestand an Heizungen mit fossilen  
472 Brennstoffen reduziert werden. Möglich ist die Förderung von alternativen Brennstoffen oder der  
473 Einbau von Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung mit gleichzeitiger Stromerzeugung beim Heizen  
474 der Gebäude.

475 Der Ausbau von Wärmenutzung und intelligenter Stromversorgung liegt oft in kommunaler Hand.  
476 Hier fordert die Junge Union Schleswig-Holstein einen besseren Austausch der Kommunen von  
477 erfolgreichen Produkten zur Energievernetzung und Wärmenutzung, um Kosten zu sparen.

478 Um klimaneutrales Wohnen zu fördern, sollten die zum Teil strengen Vorlagen für  
479 Photovoltaikanlagen auf Garagen und Dächern sowie gelockert werden. Dadurch sollen  
480 Wohnhäuser nicht nur zu energetischen Selbstversorgern, sondern zum Teil auch zu  
481 Energieeinspeisern entwickelt werden.

482

483 Die Junge Union fordert:

- 484 • eine rasche Umsetzung der Baumaßnahmen des Klimapakets und eine umfassende  
485 Aufklärung der Bevölkerung,
- 486 • die bessere Förderung der Beratung zu energetischen Sanierungen,
- 487 • die Erhöhung der Kreditvolumen der KfW für energetische Sanierungen bei einem Zins  
488 unter 1%,
- 489 • die Förderfähigkeit für Einzelmaßnahmen zu verbessern,
- 490 • ein Online-Portal zur Übersicht von energetischen Förderprogrammen,
- 491 • die Nutzung von Abwärme zu verbessern
- 492 • die Unterstützung der Nutzung von Fernwärme beim Bau, aber vor allem bei Nutzung und  
493 Sanierung,
- 494 • einen Mindestumfang von 40% für nachwachsende Baustoffen bei öffentlichen Bauten,
- 495 • eine Verringerung der denkmalschutzrechtlichen Auflagen bei energetischen Sanierungen,
- 496 • Neubaugebiete intelligent planen in Verbindung mit Energie und Wärmenutzung,
- 497 • eine Lockerung der Bauvorschriften für Photovoltaikanlagen und kleinen  
498 Windkraftanlagen.

499

500 **Landwirtschaft und Naturschutz gemeinsam denken**

501 Neben der Einsparung der Emissionen gehört eine standortangepasste Umweltpolitik/  
502 Naturschutz zu den Werkzeugen, um einen umfassenden Beitrag zum Erhalt unserer Natur und  
503 zum Klimaschutz zu erreichen. Bislang war die Umweltpolitik immer auf den Naturschutz  
504 ausgerichtet und hat den Klimaschutz oftmals nur als Synergieeffekt erfüllt. Dies wollen wir  
505 ändern.

506 Sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Deutschland ist die Landwirtschaft ein großer Nutzer der  
507 Fläche und somit auch der Natur. Sie sichert die Versorgung der Bevölkerung und ist ein wichtiger  
508 Bestandteil des ländlichen Raumes. Aufgrund dieser wichtigen Stellung darf die Umweltpolitik  
509 nicht über das notwendige Maß hinaus die Existenz der Landwirtschaft gefährden. Umweltschutz  
510 und Landwirtschaft sollten niemals gegeneinander ausgespielt, sondern vielmehr  
511 zusammengedacht werden. Eine regionale Landwirtschaft in Deutschland kann beispielsweise eine  
512 umweltgerechte Produktion gewährleisten und die Emissionen aus dem Transport senken, wenn  
513 die Versorgung nicht von Importen abhängig ist.

514 Für die Umweltpolitik und den Naturschutz gibt es mehrere Instrumente, um die Ziele zu  
515 erreichen. Eines davon ist der Vertragsnaturschutz, bei dem gemeinsam mit den Landwirten  
516 Programme und Maßnahmen durchgeführt werden, bei denen der Landwirt weiterhin Eigentümer  
517 und Bewirtschafter der Flächen bleibt und für seinen Aufwand und seine Mehrleistung im Sinne  
518 des Naturschutzes eine Aufwandsentschädigung erhält. Die Attraktivität und Annahme der  
519 Maßnahmen steigt zum einen durch eine entsprechende Flexibilität der Maßnahme sowie durch  
520 dezentrale Maßnahmen als wichtiges Instrument der Umweltpolitik. Denn aufgrund der großen  
521 Vielfalt unserer Natur gibt es nicht die eine Lösung des Naturschutzes. So setzt sich die Junge  
522 Union Schleswig-Holstein vor allem für dezentrale Maßnahmen ein, die im Einklang von vor Ort  
523 ansässigen Vereinen und Institutionen betreut werden. Diese Maßnahmen bieten den Vorteil, dass  
524 die Landwirte durch eine intensive Beratung und das Wissen vor Ort effektiv in allen Themen und  
525 Fragen zum Umweltschutz betreut werden können. Weiterer Vorteil der lokalen Verbundenheit  
526 solcher Maßnahmen ist die einfachere Kontaktaufnahme zu den Trägern und Betreuern, weil der  
527 Erfolg der Maßnahme durch eine motivierte Mitarbeit des Landwirtes deutlich steigt.

528 Die Landwirtschaft bietet vielfältige Möglichkeiten, aktiv im Naturschutz mitzuwirken. Oftmals  
529 können Synergieeffekte zwischen Natur- und Klimaschutz in der Umweltpolitik erreicht werden.  
530 Dies ist beispielsweise der Fall, wenn der Humusgehalt im Boden aufgebaut wird. Ein höherer  
531 Humusgehalt steigert das Bodenleben, das Wasser- und Nährstoffhaltevermögen und kann durch  
532 seine CO<sub>2</sub>-speichernde Wirkung einen positiven Effekt auf die Treibhausgase haben. Allerdings ist  
533 in der aktuellen Düngeverordnung eine Reduzierung der Düngung bei höheren Humusgehalten  
534 verpflichtend. Diese Hemmnisse mindern die Bereitschaft der Landwirte, den Humusgehalt in den

535 Böden deutlich zu steigern, sodass eine Überarbeitung in der Düngeverordnung in diesem Punkt  
536 notwendig ist. Gleichwohl muss die Düngung in Schleswig-Holstein ausschließlich bedarfsgerecht  
537 und nach guter fachlicher Praxis erfolgen. Hierfür sollte die Düngeberatung ausgebaut werden.

538 Ein weiterer natürlicher CO<sub>2</sub>-Speicher sind die Moore und Wälder in Schleswig-Holstein. In der  
539 Vergangenheit wurden Moore vermehrt trocken gelegt, um landwirtschaftliche Nutzflächen zu  
540 gewinnen. Das Trockenlegen der Moore setzt im gleichen Moment große Mengen an  
541 Treibhausgasen frei, eine Vernässung der Moore kann Treibhausgase binden. Daher bietet die  
542 Vernässung der Moore wie der Humusaufbau einen Synergieeffekt zwischen Natur- und  
543 Umweltschutz. Die vernässten Moore bieten weiterhin einen attraktiven Lebensraum zum Erhalt  
544 der Artenvielfalt. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert, dass keine Moore mehr  
545 umgebrochen werden und wiedervernässte Moorregionen und besonders schützenswerte  
546 Niedermoore ausschließlich extensiv genutzt werden.

547 Schleswig-Holstein ist geprägt durch zwei Küsten, ertragreiche Böden, verhältnismäßig wenig  
548 Wald, aber viele Kleinstrukturen in Form von landestypischen Knicks. Die ertragreichen  
549 Gunststandorte unserer heimischen Landwirtschaft sind limitiert, daher sollte der Naturschutz mit  
550 seinen Maßnahmen keine zusätzlichen Flächen in erheblichen Maßen aus der Produktion nehmen.  
551 Bereits durch Infrastrukturprojekte wird zu viel Fläche aus der Produktion genommen, die in  
552 Zukunft auf ein Mindestmaß reduziert werden muss. Um diese Forderung zu erfüllen, sollten  
553 bestehende Maßnahmen und Flächen auf deren Potenzial zur Verbesserung geprüft werden,  
554 anstatt immer neue Flächen auszuweisen. Die ertragreichen Flächen stehen ebenfalls in  
555 Konkurrenz zur Ausdehnung des Anbauumfangs im ökologischen Anbau. Eine Quote für den  
556 Mindestumfang der ökologischen Landwirtschaft in Schleswig-Holstein wird daher abgelehnt.  
557 Vielmehr sollten Gunststandorte für konventionelle und intensive Landwirtschaft und  
558 Ungunststandorte für extensive und ökologische Landwirtschaft genutzt werden. Ein  
559 entsprechendes Förderprogramm sollte entsprechend auferlegt werden.

560 Die landestypischen Knicks in Schleswig-Holstein bieten einen vielfältigen Lebensraum für die  
561 Fauna. Der Erhalt der Artenvielfalt in der landestypischen Flora und vor allem Fauna muss eines der  
562 übergeordneten Ziele in der Umweltpolitik bleiben. Daher müssen die Knicks weiterhin in ihrem  
563 aktuellen ökologisch wertvollen Zustand erhalten bleiben und Maßnahmen ergriffen werden, um  
564 deren Zustand zu verbessern. Weiterer Lebensraum für Wildtiere und Insekten kann durch den  
565 Anbau von Zwischenfrüchten in der Landwirtschaft geschaffen werden. Als Synergieeffekt  
566 zwischen Umweltschutz und Verbesserung der Landwirtschaft kann dabei Humus aufgebaut  
567 werden. Um die Artenvielfalt und Verbesserungsmöglichkeiten genauer nennen zu können, bedarf  
568 es intensiver Monitoring-Programme. Besonders das derzeit viel diskutierte und mit kaum  
569 Datengrundlage belegte Insektensterben muss unabhängig und ergebnisoffen untersucht werden.  
570 Vielfach wird in dem Zusammenhang ein grundlegendes Verbot von Pflanzenschutzmitteln

571 gefordert, welches allerdings ohne genaue Untersuchungen und wissenschaftliche Grundlagen  
572 nicht gerechtfertigt ist.

573 In der Landwirtschaft kann der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und organischen sowie  
574 mineralischen Düngemitteln durch eine gesteigerte Effizienz gesenkt werden. Entsprechende  
575 Einspar- und Verbesserungspotenziale werden im integrierten Pflanzenbau sowie durch Precision  
576 Farming realisiert. Zur flächendeckenden Umsetzung bedarf es einiger wichtiger Instrumente: Es  
577 wird ein kostengünstiges, zuverlässiges und genaues GPS-Signal zusätzlich zum mobilen  
578 Datensignal benötigt, um die positiven umweltpolitischen Effekte, welche mit einer geringeren  
579 Ausbringung und Effizienzsteigerung einhergehen, zu realisieren. Dabei können flächendeckend  
580 die Nährstoffüberschüsse im Ackerbau gesenkt werden. Um die beste und präziseste Technik auf  
581 unseren Flächen nutzen zu können, bedarf es jedoch einer flächendeckenden  
582 Mobilnetzversorgung. Aus diesem Grund fordert die Junge Union Schleswig-Holstein einen  
583 flächendeckenden Ausbau des Mobilfunknetzes bis 2022 - 5G braucht man eben doch an jeder  
584 Milchkanne und auf jedem Feld!

585 Eine weitere Möglichkeit ist die oftmals kostenintensive Nutzung von Techniken zur  
586 emissionsärmeren Ausbringung organischer Düngemittel, welche durch die Politik gefördert  
587 werden muss. Die organische Düngung gehört zur Viehhaltung grundsätzlich dazu. Vor der  
588 Ausbringung können organische Dünger zusätzlich in speziellen Biogasanlagen zur  
589 Energieerzeugung genutzt werden. Als zusätzlicher positiver Effekt würden die organischen  
590 Dünger dabei gasdicht gelagert werden. Diese Biogasanlagen, ausschließlich auf Güllebasis, sollten  
591 mit neuen Richtlinien besonders berücksichtigt und gefördert werden. Darüber hinaus muss Gülle  
592 langfristig besser transportiert werden, um wirtschaftlich genutzt zu werden. Separationsanlagen  
593 sollten daher staatlich subventioniert werden, da sie einen wesentlichen Beitrag zum  
594 Umweltschutz liefern. Das langfristige Ziel sollte sein, fast ausschließlich den organischen Dünger  
595 zu nutzen und den Bedarf von Mineraldünger zu minimieren ohne die Wettbewerbsfähigkeit zu  
596 verzerren. Hierzu ist jedoch eine fachgerechte Beratung und eine Überarbeitung der  
597 Subventionierung von Nöten.

598 Im Naturschutz wird es von den angesprochenen Maßnahmen keine zum Nulltarif geben. Je  
599 flexibler und akzeptierter eine Maßnahme ist, umso größer ist in der Regel der Personalbedarf bei  
600 der Durchführung und anschließenden Kontrolle. Dies ist besonders bei den sogenannten  
601 "Feuerwehrtöpfen" der Fall, die für kurzfristig umzusetzende Maßnahmen gedacht sind.

602 Grundsätzlich muss bekannt sein, dass ein Mehr an Umwelt- und Naturschutz eine Aufstockung  
603 des Budgets in den entsprechenden Ressorts bedarf. Daher fordert die Junge Union eine  
604 entsprechend finanzielle Ausstattung der agierenden Ministerien, um so erforderliche Natur- und  
605 Umweltschutzmaßnahmen umsetzen zu können.

606 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 607 • dass die Umweltpolitik nicht die Versorgungssicherheit Deutschlands und die Existenz der  
608 Landwirtschaft gefährden darf,
- 609 • dass Maßnahmen mit einer hohen Flexibilität im Vertragsnaturschutz ausgebaut werden,
- 610 • im Ausbau der Naturschutzmaßnahmen den Schwerpunkt auf dezentrale Maßnahmen zu  
611 legen,
- 612 • den Ausbau der Beratungsangebote für die Landwirtschaft,
- 613 • eine Überarbeitung der Düngeverordnung, um den Humusaufbau in Böden zu stärken,  
614 ohne damit verbundene Nachteile für die Landwirtschaft zu generieren,
- 615 • die Trockenlegung von Mooren zu stoppen und in geeigneten Regionen die  
616 Wiedervernässung zu fördern,
- 617 • ein Verbot von neuen Moorumbürchen sowie eine ausschließlich extensive Landwirtschaft  
618 in wiedervernässten Mooren,
- 619 • die Reduzierung des Flächenverbrauchs bei Naturschutzmaßnahmen und  
620 Infrastrukturprojekten auf ein Minimum,
- 621 • die Verbesserung bestehender Maßnahmen, bevor Flächen für neue Maßnahmen  
622 ausgewiesen werden,
- 623 • ein Förderungssystem für eine standortgerechte Landwirtschaft statt einer  
624 flächendeckenden Erhöhung der ökologischen Landwirtschaft durch eine Quote,
- 625 • den Erhalt und die nachhaltige Pflege der Knickstrukturen in Schleswig-Holstein,
- 626 • unabhängige und ergebnisoffene Untersuchungen zur Artenvielfalt, besonders bei den  
627 Insekten,
- 628 • kein generelles flächendeckendes Verbot von Pflanzenschutzmitteln ohne eine  
629 wissenschaftliche Grundlage,
- 630 • die Bereitstellung der Infrastruktur für Precision Farming und integrierten Pflanzenbau,
- 631 • den flächendeckenden Ausbau des Mobilfunknetzes bis 2022,
- 632 • die Förderung von Investitionen in emissionsarmen Ausbringetechniken,
- 633 • die Förderung der Nutzung von organischen Düngern zur Energieerzeugung und die  
634 Minimierung der Mineraldünger,
- 635 • eine Aufstockung des Budgets speziell für schnell und direkt umzusetzende Maßnahmen  
636 im Naturschutz.